

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonnabend.
Jährlich 150 Nummern.

für
Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich eine Mark.

XXXIII.

Leipzig, Sonnabend den 12. Oktober 1895.

№ 120.

Rückschläge politischer Fehler auf das Gewerkschaftswesen.

In diesen Blättern ist seit Jahren unbeschadet alles Familienhabers zwischen Gruppen der politischen Arbeiterpartei und Gewerkschaftlern oder Buchdruckern immer und immer wieder betont worden, daß die beteiligten Faktionen ihre Zwistigkeiten beiseite legen, Hand in Hand gehen und einander auf das möglichste fördern sollen, weil die der politischen Bewegung nachteiligen Vorgänge auch den Gewerkschaften Eintrag verursachen und umgekehrt die Unzulänglichkeit der Gewerkschaften in einer minderen Parteistärke zum Ausflusse gelangt als sie es sein könnte bei mächtigen Gewerkschaften. Grundirrig ist die Befürchtung, daß die Prosperität der Gewerkschaften zur Wächterung der politischen Bewegung führen könnte, schon aus dem Grunde, weil die besitzenden Klassen die Gewerkschaften dann noch mehr würden gefesselt unterdrücken wollen als heute und so die etwaigen „Nur-Gewerkschaftler“ zur Abwehr zwingen.

Die Arbeiter müssen also in beiden Sätteln gerecht sein und auf dem wirtschaftlichen und politischen Felde ihre Interessen eifersüchtig hüten.

Wie gebieterisch diese Doppelaktion den Arbeitern zur Pflicht wird, dafür dürften die englischen Gewerkschaften ein peinliches Exempel unter der jetzigen konservativen Regierung abzugeben in die Lage versetzt werden, Symptome bedenklicher Art für diese Erwartung sind bereits vorhanden. Die englischen Arbeiter marschieren noch fast geschlossen mit den beiden alten kapitalistischen Parteien, der liberalen und konservativen (den Whigs oder den Tories). Selbstverständlich ist keine von beiden im Herzen den Arbeitern hold, aber so lange das Jünglein der Wage am Stimmlaß nur um ein wenig differiert, müssen sowohl die Whigs als die Tories um die Gunst der Arbeiter buhlen, sonst passiert es der einen oder andern jeweilig Oberwasser besitzenden Partei, daß sie gelegentlich untergetaucht wird. Die Gewerkschaften standen größtenteils im Lager der Whigs und die der Arbeiterklasse angehörigen Parlamentsmitglieder zählten zu dieser Fraktion. Bekanntlich wurden auch unter dem liberalen Regime — wie gesagt nicht ohne Selbstsucht — manche annehmbaren sozialpolitischen Einrichtungen geschaffen und in der Gleichberechtigung der Arbeiter gemacht. Wir erinnern an die Schaffung des arbeitsstatistischen Amtes, einer Abteilung des Handelsministeriums, das aus Gewerkschaftsbeamten als Chef und Mitarbeitern gebildet ist, an die Herausgabe der Labour Gazette, erinnern daran, daß Gewerkschaftsbeamte als Staatssekretäre (Minister) fungierten, erinnern endlich an die von ministerieller Stelle einberufenen und geleiteten Einigungskonferenzen behufs Beilegung der großen Streiks. Kurz, der organisierten Arbeiterschaft kam die am Ruder befindliche Regierung, es sei nochmals bemerkt, teilweise gewiß aus Sorge um ihre Selbsterhaltung, in mancherlei Dingen entgegen.

Bei den letzten Wahlen haben die Arbeiter den Akt abgesagt, auf dem sie saßen, sie haben

der konservativen Partei eine so ungeheure Mehrheit verschafft oder das Zustandekommen derselben mindestens nicht verhindert — warum? darüber brauchen wir uns hier den Kopf nicht zerbrechen —, daß diese des arbeiterfreundlichen Gesichtes getrost entraten und den Gewerkschaften kriegsverkündend die Thore ihres Janustempels vertwegen öffnen darf.

Unter diesen Gesichtspunkten sind u. E. die Anordnungen der neuen Regierung zu betrachten, die der vertrauenswürdigen englische Berichterstatter des Vorwärts vermeldet. Danach hat den Platz im Ministerium, den bis zu den Wahlen Thomas Burt, der Leiter des Gewerkschaftsvereins der Grubenarbeiter inne hatte, Graf Dudley, einer der reichsten Kohlengrubenbesitzer Englands, erhalten. Die Uebertragung des Portefeuilles vom Grubenarbeiter auf den Grubenlord kennzeichnet schon allein haarig die extremen Umkehrung, dem die neue Regierung in der Behandlung der Arbeiterfrage Geltung schaffen will. Nicht minder markant ist eine Maßnahme des Ministers Walfour. Einem glattgeschickten Renegaten, früher radikalem, jetzt konservativliberalem Prediger, wurde aus einer Staatskasse für verdiente Schriftsteller ein Ehrensold von 200 Pfund Sterling für seine der Regierung Ratsschläge zur „Bekämpfung des Sozialismus“ spendenden Schriften überwiesen. Eine kleine Probe seiner Expektorationen mag beweisen, daß man auch in England den Saft Sozialismus schlägt und den Ziel Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeiter meint. „Die meisten der großen Streiks der letzten Jahre — sagt der löbliche Gottesmann —, der Dockstreik, die verschiedenen Kohlenarbeiterstreiks, die Eisenbahnarbeiterstreiks usw. sind alleschamlose, unverschämte Verbrechen gewesen, Arbeitsherren zu Handlungen zu treiben — nicht die ihre Pflicht waren, sondern von denen ein paar Gewerkschaftskommandierer meinten, sie seien derselben Pflicht. Kein treuer Freund der Freiheit kann dem Trade-Unionismus Unterstützung leisten. Die Macht des Trade-Unionismus ist nichts sehr Furchtbares; sicherlich nichts, wovor Angst zu empfinden, trotz seiner Ausschneidereien, Prahlereien und Drohungen; alle Politiker würden gut daran thun, zu bedenken, daß auf einen Wähler, der in einer Trade-Union ist, wenigstens sieben kommen, die draußen sind. Eines ist sicher, daß keine zivilisierte und fortschreitende Nation eine so antisoziale, zerstörerische Kraft, als die sich der Trade-Unionismus jetzt erweist, hegen und pflegen oder auch nur dulden kann oder wird.“

Das ist der Ton, welchen die neuen Minister mit 4000 Mk. prämiieren.

Für den Anfang genügen die vorbezeichneten beiden Demonstrationen. Der „Bund für freie Arbeit“, die allgemeine Streikbrecherorganisation in England, wittert denn auch Morgenluft, beglückwünscht die Arbeiter zu ihren Wahlen — da müssen die Arbeiter sogleich in ihre Taschen fühlen, ob ihnen nichts weggenommen —, umwehelt den Grafen Dudley und die übrigen Minister und hofft das Geschäft der Unternehmerragentur jetzt zum Blühen bringen zu können — den Arbeitern denken sie den letzten Blutstropfen abzapfen. Da auch in England eine Anzahl Arbeiter in unglaublicher Ver-

bohrtheit den Sklavenjägern dienstbar sind, so hat der obengenannte Korrespondent sehr recht, Gewerkschaftlern und Sozialisten zuzurufen, daß sie besseres zu thun haben als sich in mörderischem Bruderkrieg zu befechten. Wahrhaftig, es ist ein großes Amt, der mit dem Unternehmertume koalitierten Entartung die Opfer zu entreißen!

Die englischen Arbeiter haben in einem unbewachten Augenblick ihre ausschlaggebende Rolle vertrödel. Sie müssen die Suppe nun auslöffeln. Das Malheur muß aber die Arbeiter aller Länder gemahnen, ihre politische Stellung unter allen Umständen rege und sorgsam zu wahren.

Hohe Gehalte — niedrige Renten.

Die Vorsitzenden der Berufsgenossenschaften sollen ihr Amt gefällig als „Ehrenamt“, d. h. ohne Gehalt verwalten. Manche derselben lassen sich trotzdem und zwar übermäßig hoch dafür bezahlen. Die Tiefbau-Berufsgenossenschaft hat ihrem Vorsitzenden die „Entschädigung für den durch Wahrnehmung der Genossenschaftsgeschäfte entstehenden Zeitverlust“ von 10 000 auf 15 000 Mk. pro Jahr erhöht. Einer seiner Vorgänger legte seinerzeit den Vorstoß nieder, weil man ihm nicht 10 000 Mk. für die täglich mehrmalige Leistung seiner Unterschrift gewähren wollte. Aber auch die Geschäftsführer in den Zentralbüros der Genossenschaften beziehen Gehälter, die mit wenigen Ausnahmen diejenigen der Senatsvorsitzenden übertreffen, in vielen Fällen an das Gehalt des Präsidenten im Reichsversicherungsamte heranreichen, in einem Falle sogar dieses um nicht weniger als das Dreifache übersteigen. Der Geschäftsführer der Glas-Berufsgenossenschaft, schiedsgerichtlicher und reichsversicherungsamtlicher Vertreter einer ganzen Anzahl anderer Berufsgenossenschaften, bezieht mit allen aus dem Hauptamte sich ergebenden Nebenpfeifen ein Einkommen, das in eingeweihten Kreisen noch gering auf 40 000 Mk. geschätzt wird. Die anderen Geschäftsführer haben im Durchschnitt ein Einkommen von 12 000 Mk., zum großen Teile mit dadurch, daß sie gleichzeitig „Beauftragte“ von Berufsgenossenschaften sind, eine Tätigkeit, die neben dem Gehalte besonders bezahlt wird und am bequemsten während der Vadrereise, für die es natürlich auch noch eine klingende „Unterstützung“ gibt, sich ausüben läßt. Die technisch gebildeten Beauftragten erhalten übrigens im Durchschnitt ebenfalls über 10 000 Mk. Jahresgehalt. Die Unterbeamten werden natürlich um so niedriger bezahlt, 15 bis 20 derselben erhalten etwa so viel wie der Geschäftsführer. Nachdem sich der letztere wie die Vorsitzenden ins Trockene gebracht haben, fangen sie an, „im Interesse der Genossenschaft“ ökonomisch zu haushalten und die Gehälter der Unterbeamten müssen zunächst den Beweis dieser Ökonomie liefern, aber noch mehr als diese die Versicherten. Bei Feststellung einer Rente wird so lange gerechnet, bis sich dieselbe auch nicht um einen Pfennig mehr herunterdrücken läßt und der Geschädigte unausgesetzt unter Aufsicht gestellt behufs Entdeckung etwa wieder erlangter teilweiser Arbeitsfähigkeit. Aber auch sonst wird „nach Kräften“ gespart. So ist nach einem Entschiede des Reichsversicherungsamtes ein Unterschied zwischen Behandlung und Beobachtung im Krankenhause zu machen. Im ersten Falle hat die Familie des Verlegten Anspruch auf Rente bis zum Höchstbetrage von 60 Proz. seines Jahres-Arbeitsverdienstes, im andern Fall erhält nur der Verlegte selbst die Rente. Einige Genossenschaften machen sich diese Unterscheidung derart zu nuse, daß sie das billigste Verfahren wählen. Hat der Verlegte beispielsweise 50 Proz. der Volkreute bezogen und ist nur die Ehefrau vorhanden, die sonst 20 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes zu beanspruchen haben würde, so gewähren sie eben diese 20 Proz. und berufen sich im Bescheid auf das Gesetz! Sind aber Ehefrau und drei Kinder vorhanden, die sonst zusammen 60 Proz. des Jahres-Arbeitsverdienstes zu beziehen haben würden, so gewähren sie dem Verlegten seine 50 Proz. weiter und berufen sich im Bescheid auf die Entscheidung des Reichsversicherungsamtes!! Es würde zu weit führen, das Thema noch

auszuspinnen, an Beispielen dieser „Ökonomie“ zu Ungunsten der Versicherten fehlt es nicht. Man wolle dabei noch bedenken, daß die übergroße Mehrzahl der Unfälle den Krankenkassen zur Last fällt, bei denen bekanntlich vorwiegend die Arbeiter die Beiträge bezahlen.

Am 1. Oktober war das Unfallversicherungsgezet zehn Jahre alt, es wird Zeit, daß man auf Grund der gemachten Erfahrungen an eine Aenderung desselben denkt. Als Grundlage dieser Aenderung betrachten wir die Vereinigung aller drei Versicherungsarten und die Einführung einer progressiven Umlage, verteilt auf alle Klassen der Gesellschaft.

Korrespondenzen.

J. Düsseldorf. Die am 5. Oktober abgehaltene Monatsversammlung bot ein allgemeineres Interesse durch einen Vortrag über „Die gewerbliche Rechtsprechung im Mittelalter und die heutigen Gewerbegerichte“. Herr Lohse, Beisitzer am Gewerbegericht, führte ungefähr aus: Schon im Mittelalter, am Ausgange des ersten Jahrhunderts, hätten die Arbeiter danach getrebt, ihre Interessen den Arbeitgeber gegenüber wahrzunehmen und die heutigen Gewerbegerichte seien die natürliche Folge der damaligen Errungenschaften. Seit Inkrafttreten der Neuorganisation des Gewerbegesetzes, wo die Arbeiter durch ihre selbstgewählten Vertreter eine gerechtere Beurteilung der Klagen erwarten könnten, habe die Bedeutung dieser Gerichte wesentlich gewonnen. Letzteres beweise die Thatsache, daß die Zahl der zur Entscheidung gelangenden Klagen sich gegen früher bedeutend höher stelle. Dennoch bedürften die Bestimmungen der Gewerbeordnung noch sehr der Vervollkommnung, weil gegen 12 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen (Gesinde, landwirtschaftliche Arbeiter usw.) des Rechtes der Klage am Gewerbegericht verlustig gingen. Auch bezüglich der Termine müßte zur schnelleren Erledigung einer Klage eine Aenderung eintreten. Würde z. B. in der zweiten Verhandlung der Arbeitgeber zur Zahlung verurteilt, so seien, wie Redner aus seiner dreijährigen Praxis als Beisitzer nachwies, die Fälle nicht selten, wo der Verurteilte den Schiedspruch des Amtsgerichtes anrufe. Auf diese Weise gingen etwa fünf Wochen verloren, ehe der Arbeiter eventuell zu seinem Gelde komme. — In der Diskussion wurde die Notwendigkeit betont, bei der nächsten Neuwahl der Beisitzer zum Gewerbegericht auch einen Buchdrucker als Kandidaten aufzustellen. — Es kann noch konstatiert werden, daß sich das Vereinsleben in letzter Zeit hier am Orte ganz bedeutend gehoben hat; die Versammlungen sind stets gut besucht und die Mitglieder nehmen regen Anteil an den Verhandlungen. Auch haben wir eine Zunahme an Mitgliedern zu verzeichnen; allerdings sind es meistens Jüngere, die unsere Reihen vermehren. Die hier ansässigen Kollegen haben

Weseln. 8. Oktober. Der in Nr. 118 des Corr. unter der Chiffre Sch. (?) veröffentlichte Bericht über die am 29. September in Harburg abgehaltene Bezirksversammlung gibt uns, soweit unser Verhalten auf denselben in Betracht kommt, Veranlassung, einige Unrichtigkeiten festzustellen. Daß der Harburger Antrag auf obligatorische Einführung des Corr. mit einer Steuererhöhung mit „großer Mehrheit“ angenommen ist, bleibt für uns, solange das Protokoll nicht die Genehmigung einer Bezirksversammlung gefunden hat, auch heute noch zweifelhaft, da bei der ersten Abstimmung 17 Stimmen für und 12 Stimmen gegen abgegeben wurden bei 12 Stimmenthaltungen, — eine recht fragwürdige „große Mehrheit“. Ferner sollen die Welsener Mitglieder, welche auf der Bezirksversammlung anwesend waren, sich durch diesen Beschluß „majorisiert“ gefühlt haben; dies ist ein Irrtum des Herrn Sch. und beweist, wie wenig er in der Lage war, die „Gefühle“ der Welsener Mitglieder zu beurteilen. Dies wäre ja verzeihlich, wenn dieser seiner Vermutung nicht ein noch größerer Irrtum auf dem Fuße gefolgt wäre. Wir sind nur der Aufforderung des gerade den Vorsitz führenden stellvertretenden Vorsitzenden, das „Lokal“ zu verlassen, gefolgt, indem wir in Begleitung eines älteren Lüneburger Mitgliedes der Versammlung den Rücken kehrten. Außer diesen sechs Mitgliedern haben zeitweise (während der „Hammelsprung“-Abstimmung) auch verschiedene andere Kollegen aus Harburg, Lüneburg und Salzwedel den Saal verlassen, da diese mit uns diese Art der Abstimmung für unnötig hielten. Uns war schon durch die ganze Art der Verhandlungen die fernere Teilnahme an denselben verleidet, da jeder Vermittlungsvorschlag abgelehnt wurde. Was nun die „Entrüstung“ betrifft, so regen wir uns keineswegs darüber auf und freuen uns, daß die betreffende Resolution nicht auch noch mit „großer Mehrheit“, sondern nur „fast einstimmig“ angenommen worden ist, obgleich es wohl praktischer gewesen wäre, von einer solchen Resolution überhaupt Abstand zu nehmen; übrigens muß es wohl mit der Entrüstung nicht so weit her gewesen sein, da gegenüber einigen von uns, die abends mit mehreren Lüneburgern zusammentrafen, Aeußerungen wie „die vorgekommenen Mißbilligungen nicht allzu ernst zu nehmen“, „Mißverständnisse“ usw. fielen. Wir bemerken noch, daß wir dieser Sache wegen den Corr. nur gewöhnlichermaßen in Anspruch nehmen, um nicht außerhalb des Bezirkes als Störenfriede zu gelten; uns erscheint der Raum des Corr. zu kostbar, als daß man ihn mit solchen Anzuspinnungen in Benutzung nimmt. — G. Helms. Th. Ernst. Ernst Licht. P. Reimers. H. Hindorf.

Rundschau.

Buchdrucker- und Verlagswesen.

Wie die Leipziger Buchdrucker-Junung die Lehrlingsverhältnisse regelt, das erfährt man aus einem Zirkular an ihre Mitglieder, wodurch diese bereits im vorigen Monate zur Ergänzung der Lehrlingsgeschnader in den Druckereien aufgefunden wurden. Unter anderem heißt es in dem Rundschreiben: „... wobei wir Ihnen empfehlen, namentlich auf Druckerlehrlinge Ihr besonderes Augenmerk zu richten. Der schon seit längerer Zeit sich fühlbar machende Mangel an tüchtigen Maschinenmeistern läßt es im Interesse des Gewerbes (!) wünschenswert erscheinen, daß die in der Lehrlingskategorie vorgehende Zahl der Druckerlehrlinge voll eingehalten wird, während es sich empfiehlt, bezüglich der Einstellung von Seperlehrlingen etwas zurückzugehen.“ — Den zuletzt erteilten Rat erkennen wir gern an, es ist ein erfreuliches Zeichen, daß die Junung endlich eine kleine Konsequenz aus dem überfülltesten Arbeitsmarke zieht; ob man ihr freilich in diesem Punkte so froh bestimmen wird, wie bei Erlaß der erhöhten Lehrlingskategorie dem D. V. B., das ist zu bezweifeln. Logisch müßte der D. V. B. die damalige Willkürregel jetzt redressieren. — Mangel an Logik beweist aber auch das Junungszirkular in dem Rate, dem Mangel an „tüchtigen“ Maschinenmeistern nach dem Rezepte, „die Masse muß es bringen“, dadurch zu begegnen, daß Druckerlehrlinge mehr als bisher gezüchtet werden sollen. Diese Aufforderung verdient um so schärfere Beurteilung, weil die Junung gar nicht in Abrede zu stellen mag, daß auch der Markt von Druckerkräften überfüllt ist, nur „tüchtige“ seien rar. Wir bezweifeln diesen behaupteten Mangel. Aber ist es denn die richtige Art, „tüchtige“ Drucker zu erziehen, wenn man recht viele Lehrlinge hält? Müßten die Erziehungsergebnisse denn nicht um so schlechter werden? Kritisieren nicht alle Pädagogen die Ueberfüllung der Schulen, weil die Schüler dann nur ungenügende Ausbildung erhalten und zurüdebleiben? Und ist dies nicht in der Praxis noch viel schlimmer — wenn den Druckern Fähigkeiten mangeln, ist da nicht die Lehrlingszucht, die ungenügende Ausbildung schuld? und muß die Ausbildung nicht noch mehr zu wünschen übrig lassen bei Wehrstellung von Lehrlingen, da für die mehrgehaltenen Lehrlinge natürlich eher oder später Maschinenmeister werden müssen und die Lehrlinge damit abermals Lehrer verlieren? Einem Mangel an tüchtigen Druckern ist doch nie und nimmer dadurch abgeholfen, daß man schwächere Burichen hält, in der Hoffnung, es würden einige Genies darunter sich ausbilden, die übrigen können nachher ja sehen wo sie bleiben! Da genug Drucker arbeitslos sind und angeblich nur gute Kräfte fehlen, hatte die Junung nicht anzuraten, mehr Druckerlehrlinge anzunehmen, sondern sie mußte verlangen, weniger zu halten und die gehaltenen besser auszubilden. Jetzt erreicht sie das Gegenteil von dem was sie im „Interesse des Gewerbes“ so wollen vorgibt. Den Druckern mag aber die Wehrzucht ein Reizfeld sein. Viele ihrer sind teilnahmslos. Und Ganntbal steht vor den Thoren!

Die in voriger Nummer an Blanke abgetratene Verleumdung der Verbandsmitglieder erinnert auch an die Methode unserer Gegner, sowohl der natürlichen als der unnatürlichen, auf Erhöhung der ihrem Lager entstammenden ziemlich zahlreichen Defraudanten und Spitzbuben sofort mit Nennung dieses oder jenes Lagentrauen aus dem Lager der Arbeiter zu antworten und dann zu meinen, damit, daß sie gegen ein bei ihnen auftauchendes Duzend Schwindler einen solchen aus dem gegnerischen Lager dawiderhalten können, sei das Deforum genährt. Nun, wir wollen die Anzahl, verhältnismäßige wie absolute, zunächst beiseite lassen. Auch die Kampfweise, sich gegeneinander die Fehltrittenden an die Nachschöpfe zu hängen, widersieht uns. Allein es thut not, dem Ursprung dieser häßlichen Kampfarm nicht verwechseln zu lassen. Es ist doch die Unternehmerpartei, welche die für ihre Interessen kämpfenden Arbeiter a priori als Ausbünde aller Schlechtigkeit erklärt und ihre Anhänger als Lugendbolde sondergleichen. Bei Streiks sind die Ausschließenden Banditen, die „Treuen“ ruhige, besonnene, ehrpudliche Arbeiter. Wie kann man da ein Geschrei erheben, wenn unter der „Banditenrotte“ gelegentlich ein wirklicher Bandit zur Schau tritt? Umgekehrt ist es doch wirklich ein merkwürdiger Vorfall, wenn unter den braven, artigen und ehrbaren Arbeitern oder unter den staats-erhaltenden Unternehmern ein Barnabas gefaßt wird und wenn sie sich gar mehren, mehren und mehren, wer will es da den als alleinige Missethäter erster Ordnung verurteilten Arbeitern verübeln, daß sie darauf hinweisen, wie es um die Generalpächter aller Ordnung und Sitte bestellt ist? Da ist doch die Kacke, zu sagen, seht, Ihr in Wusch und Wogen Verworfenen, Ihr seid auch nicht besser, unter Euch ist auch ein Laugenstich, ein fomisches Begetin! Also nur nicht die Dinge auf den Kopf stellen.

Ueber ein im Corr. laufendes Inserat — hoffentlich nicht aus Geschäftsneid — mokiert sich die Zeitschrift f. D. V. Ein Lieferant brüht sich darin mit seinem „neuen Prinzip“, das eine neuzugrundende Druckerei hochrentabel machen könne. Die Zeitschrift hat von dem betreffenden Geschäftsmann, der wie jeder Agent marktgeriebtig zu Werke geht, einen Geschäftsbrief aufgegeben, worin derlei Druckereinerichtungen von 1000 Mark an empfiehlt und ein „neues Prinzip“ dahin erklärt, daß sich der Käufer eine kleine solide Accidenzmaschine zulegen und einen Schwetzerbege — die Zeitschrift wünscht vielleicht, er hätte Lehr-

linge empfehlen sollen — anstellen möge, er würde dann viel Geld verdienen, denn z. B. 1000 Falturen, zu denen das Papier 3 Mk. koste und Satz und Druck fünf Stunden erforderten, würden mit 12 bis 14 Mk. bezahlt, es entstünde also ein reicher Gewinn. Ein Arbeiter verdiene ihm bei dieser Geschäftspraxis täglich 10 bis 15 Mark (schöner Mehrwert!). Wenn nun die Zeitschrift dem Corr. wegen Aufnahme des betreffenden Inserates Vorhaltungen macht, so ist darauf zu erwidern: Erfrens brauchen wir unseren Lesern kein verachtliches Armutszeugnis auszuweisen, daß sie nicht herausfänden, was Reflema ist. Zweiteils ist der Mann, der eine gute Maschine zu kaufen, einen Arbeiter zu engagieren und auf so respektable Preise zu halten vorschreibt, der übelste noch lange nicht; die ersten Punkte sind einwandfrei und ob es wahr ist, daß man die bemerkten Preise erhält, das kann ein jeder leicht kontrollieren. Das Organ des D. V. B. liebt anscheinend freilich nur „billige Drucker“; wie zahlreich diese in den Reihen des Prinzipalvereins sind, das ist ja bekannt; kürzlich erst eroberte der D. V. B. einen Drucker Schmidt in Ehrenfeld (bei Köln) als Mitglied, der durch Plakat publiziert, daß er 100 Totentettel statt für 4 Mk. für 1,50 Mk., 100 Totentbriefe für 3 Mk. (statt für 9), 1000 „gute“ Couverts mit Firma für 3 Mk. und 100 Briefarten für 50 Pf. liefere; Unkenntnis bei seiner Aufnahme kann der Verein infolge der Affäre hier nicht vorhüten, mit den „Buchbindern“, Lehrlingszüchtern und Tariforganen des D. V. B. kann man ja überhaupt die Pfeife zuschütten, Herr Wiener! Mit seinen Druckereien für 1000 Mk. endlich kommt unser Agent viel zu spät und ist dreimal teurer als die Konkurrenz; das Haus Klindhardt hat vor Jahren schon begonnen, Unternehmungs-lustigen für 302 Mk. 65 Pf. kleine Druckereien zu offerieren. Moral: Bitte nächstens vor der eignen Thüre zu legen!

Die ganze „Heeresmacht“ des G. V. hatten wir in unrer Schrift über „das Gehilfengegnertum“ auf weniger als tausend Köpfe berechnet und die Zahl ist jetzt von dort bestätigt. Die Einnahmen der Auch Organisation betragen vom 1. April 1894 bis 30. Juni 1895 16321 Mk. Der Beitrag ist 25 Pf. wöchentlich und somit repräsentiert die Gesamtsumme netto 1000 Mitglieder (Arbeitslose sind nach eigener Behauptung bei ihr nie vorhanden, eine erklärliche Möglichkeit, da sie in der Hauptsache Fraktoren, Geschäftsinventare und deren Schmaroger umfaßt). Voraussetzung zu diesen tausend Schredlichen ist aber, daß die Einnahmen rein aus Beiträgen zusammenfließen und keine Subventionen von gewisser Seite die Kasse stärken, was doch gewiß nicht ausgeblieben ist. Die größte Hälfte der „Heeresmacht“ ist in Berlin — wie lange noch? — Deutschland hat sich im allgemeinen rein erhalten.

Die Straßburger Druckerei und Verlagsanstalt vorm. H. Schulp & Co. erzielte im Geschäftsjahr 1894/95 einen Reingewinn von 86955 Mk. gegen 48129 Mk. im Vorjahr. Aus Dividende kommen 5 Proz. gegen 3 Proz. im Vorjahr zur Verteilung. Beurteilt wurde die Schlesische Volkswacht zu 300 Mk. wegen Beleidigung des Staatsministeriums, ferner unser Kollege Heinrich Becker, der zur Zeit drei Jahre Gefängnis verbüßt, die ihm das Kriegsgesetz zudiktirt hat, zu weiteren zwei Monaten wegen mehrfacher in Saalfelder Volksblatte verübter Beleidigungen. — Der neueste Kurs geht sich in Maßnahmen, die bisher zu den unbekanntesten Dingen gehörten. So wurden in Arnstadt fünf Flugblattverbreiter wegen Fluchtverdachts in Haft genommen, die verurteilt sind, also wegen eines noch nicht einmal festgestellten Vergehens nicht das Weiße suchen werden. In einem Orte Westfalens wurden sechs Verteiler von Wahlflugblättern zu je 10 Mk. Strafe verurteilt, obwohl der Verteilung von Wahlflugblättern kein gesetzliches Hindernis entgegensteht. Der jetzige Kreuzzug gegen die Sozialdemokratie schafft ihr tausende neuer Anhänger.

In Oesterreich widmete das Wiener Organ der Arbeiterpartei dem Ministerpräsidenten betreffs seiner früheren Thätigkeit als Statthalter einige Zeilen — konfisziert. Die Wiener Wochenchrift Die Zeit besprach die Wahlmache, wie sie vorzugsweise in Galizien betrieben wurde — konfisziert.

Essenliches Erben, Sozialreform, Volkswirtschaft. Im königreiche Sachsen hat die Berufs- und Gewerbezahlung am 14. Juni d. J. 3750761 Einwohner ergeben, gegen die Zählung am 1. Dezember 1890 mehr 248077 = 7,08 Proz. Im Großherzogtum Baden ergab die Zählung 1713864 Köpfe gegen 1657867 in 1890.

Die preussische Eisenbahnerverwaltung vereinbarte im Jahr 1893/94 aus der Personenbeförderung rund 241 Millionen Mark, davon entfallen auf die dritte Klasse 98 und auf die vierte 68 Millionen — 68,9 Proz. Fügen wir noch hinzu, daß in der vierten Klasse 40,4 Proz. aller Personenkilometer durchfahren wurden, in der dritten nur 38,7, in der ersten gar nur 1,4 Proz., so geht daraus hervor, daß die Unbemittelten es sind, welche den Eisenbahnsäckel füllen, obwohl die gehandhabte Eisenbahnpolitik gerade diesem Teile der Bevölkerung am wenigsten entgegenkommt.

Auf Lungenkranke entfallen von den von der Versicherungsanstalt Baden im Jahr 1894 bewilligten 1398 Invalidenrenten 546 = 39 Proz. sämtlicher Invaliden. Not und Verbrechen stehen in Wechselwirkung, das ist eine alte Erfahrung, die immer von neuem gemacht werden kann, aus der aber nur selten die richtigen Schlüsse gezogen werden. So glaubte man in Sarbinien und Sizilien die durch das Elend erzeugten Verbrechen

